



Die Lüge vom CO₂-freien Atomstrom

Immer wieder wird behauptet, Atomenergie trage zur Lösung des Klimaproblems bei. Bevor ein AKW aber Strom produziert, wird sehr viel CO₂ ausgestossen: bei der Urangewinnung, bei der Brennstäbeproduktion und beim Bau. Setzen wir also erst recht auf erneuerbare Energien!

*Rudolf Rechsteiner,
Nationalrat*

Die schweizerische Atomlobby plant neue Atomkraftwerke und inszeniert erneut eine riesige Propagandalawine. Die Vorstellung von einer CO₂-freien Atomenergie erweist sich bei näherem Hinsehen aber als trügerisch.

Beim Bau eines Atomkraftwerks sind grosse Mengen Beton und Stahl erforderlich. Für die Gewinnung von Uran werden grosse Erdmassen bewegt, denn Uran muss in einer Konzentration von weniger als 1% aus anderen Gesteinen extrahiert werden. Dabei sind Bergbau-Fahrzeuge, Maschinen und Anlagen im Spiel, die vorwiegend mit Benzin und Diesel betrieben werden. Dazu kommen die Fabriken für die Aufarbeitung, den Transport und die Lagerung von radioaktiven Substanzen, die wegen der hohen Gefährdung der Öffentlichkeit in Behältern aus hoch veredelten Materialien gelagert werden müssen, die wiederum unter grossem Einsatz von fossilen Brennstoffen hergestellt werden.

Knappes Uran

Dass all diese Infrastrukturen hohe CO₂-Emissionen auslösen, versteht sich von selbst. Doch dazu kommt die zunehmende Verknappung von Uran, die auf dem Weltmarkt bereits eine Verdreifachung der Preise in den letzten zwei Jahren ausgelöst hat. Das heute verfügbare Uran reicht noch für ungefähr 40 bis 60 Jahre. Mit einer steigenden Zahl der Atomkraftwerke muss auf Uranvorkommen ausgewichen werden, die in immer dünneren Konzentrationen vorkommen. Damit nimmt der Energie-Input von CO₂-Trägern erheblich zu.

Entscheidend ist der Vergleich mit den CO₂-Emissionen der erneuerbaren Energien, also bei einer Stromerzeugung mit Biomasse, Geothermie, Windenergie und Solarenergie. Auch diese Energienutzung erfordert Vor-Investitionen, doch die Transportwege sind viel kürzer und die Techniken weisen eine sinkende und heute schon sehr günstige Energierücklaufzeit aus. Eine Windturbine amortisiert sich energetisch innert vier bis sechs Monaten, bei den Solaranlagen dürfte in Zukunft eine Energierücklaufzeit von einem Jahr oder weniger zu erwarten sein, dank der nun rasch voranschreitenden Massenproduktion in Deutschland und Japan.

Schweiz – Land des Stillstands

Zur Zeit decken rund 440 Atomreaktoren weltweit bloss 2,3% des gesamten Endenergieverbrauchs; bezogen auf den Strom sind es rund 15%, wobei der Marktanteil sinkt.

Wollte man im globalen Kontext namhaft CO₂-Emissionen (z. B. 20% CO₂) einsparen, müsste die Zahl der Atomkraftwerke mindestens verzehnfacht werden, und dies vor allem in den Ländern der Dritten Welt, wo der Energiehunger am grössten ist, mit allen nachteiligen Folgen für die Sicherheit der Bevölkerung.

Es gibt kein einziges Weltenergieszenario, in dem das Klimaproblem mit Hilfe der Atomenergie realistisch gelöst werden könnte. Atomenergie hat bisher schon viel zu viel Geld verschlungen: über vier Milliarden Franken Forschungsgeld allein in der Schweiz und dazu die Gewinne (Quersubventionen) aus den abgeschriebenen alten Wasserkraftwerken, die nochmals mehr als doppelt so hoch sein dürften.

Wer auf Atomenergie setzt, statt auf den beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien, wird nichts erreichen. Er wirft einer technischen Selbstblockade nochmals Geld nach, ohne sich in jenen viel versprechenden Zukunftsenergien zu engagieren, die global zweistellig wachsen.

Investiert man Geld anstatt für Atomenergie in europäische Windkraft, in schweizerische Geothermie oder in Solaranlagen auf unseren Dächern, kann man mit weniger CO₂-Emission mehr Strom produzieren. Inzwischen gehen global monatlich (!) 1000 MW Windenergie in Betrieb, womit man ein Atomkraftwerk der Grösse Mühleberg ersetzt.

Es ist bloss eine Frage der Zeit, bis sich dieser Trend auch in der Schweiz durchsetzen wird. Nötig dafür ist die kostendeckende Vergütung und das Engagement der Elektrizitätswerke und Gemeinden zur Nutzung lokaler Ressourcen.

Wer das Märchen vom CO₂-freien Atomstrom immer noch glauben will, dem seien zum Schluss folgende Zahlen vor Augen geführt:

Die Uranerogewinnung in der DDR hat 300 Millionen Kubikmeter Abraumhalden und 160 Millionen Kubikmeter giftiger und radioaktiver Schlammseen hinterlassen, dazu riesige kontaminierte Anreicherungsanlagen. Die Kosten der Entsorgung, die die Steuerzahler der Bundesrepublik Deutschland berappen müssen, belaufen sich auf 13 Milliarden Euro.

Die vermeintlich CO₂-arme Stromerogewinnung erzeugt mithin noch während Jahrzehnten Abgase, CO₂ und enorme Folgekosten für sämtliche Nachkommen.

In Deutschland lassen sich die kriminellen Hinterlassenschaften der Atomlobby längst nicht mehr verbergen, was vielleicht erklärt, weshalb sich Deutschland so entschlossen in den erneuerbaren Energien engagiert.

Links:

www.wise-uranium.org/umwd.html
www.anti-atom.de
www.ellweiler.de
www.vauban.de

Die nebenstehend erwähnten einstigen Abbaugelbiete uranhaltigen Gesteins liegen im sächsischen Erzgebirge und in Thüringen. Die Ausbeute lag bei 0,1–0,4%. Der Abbau durch die deutsch-sowjetische «WISMUT AG» diente während des kalten Krieges auch «friedlichen Zwecken». Bis 1990 wurden (ohne Dunkelziffer!) 7163 Todesfälle an Lungenkrebs registriert. Eine Nachfolgefirma der einstigen WISMUT ist heute mit der millionenschweren Schadensbehebung in den Abbaugelbieten beauftragt.

Doch auch in unserer Nähe, kaum 50 km entfernt, wurden ab 1973 Zehntausende Tonnen Uranerz mit einem «guten» Gehalt von 0,7–1% gefördert: Bei Menzenschwand, am Fusse des Feldbergs. Dies durch eine Firma mit dem schönen Namen «Gewerkschaft Brunhilde». Das Erz wurde in die 400 km entfernte Aufbereitungsanlage Ellweiler am Hunsrück transportiert. Der Abbau geschah mit dem Segen der Landesregierung unter Führung des AKW-lastigen Ministerpräsidenten Filbinger («Wenn [das AKW] Wyhl nicht gebaut wird, gehen im Land die Lichter aus.»).

Tausendfach überschrittene Grenzwerte belasteten bald einmal die offenen Gewässer und aktivierten eine Bürgerinitiative. Doch noch während des Wegs durch die Gerichtsinstanzen stellte «Brunhilde» 1989 den Abbau ein, weil wegen unterlassener Sanierung ihrer Abfallhalden in Ellweiler die dortigen Behörden die Schliessung androhten. Brunhilde, einst mit Steuergeld gefördert, sanierte statt ihrer Abfallhalden sich selbst – mittels Konkurs. Dafür durfte der Staat für die unumgängliche Sanierung und den Rückbau der Anlagen in Menzenschwand und Ellweiler aufkommen. – Ein Omen für die künftige Atommüll- (Aus-) Lagerung!

Doch in den Abbaugelbieten Australiens, Südafrikas, Namibias, Russlands etc. nimmt die Uranerogewinnung mit allen Folgen für Menschen und Umwelt ihren Fortgang. – Während wir hier, weitab des Geschehens, uns mit «klimafreundlichem» Atomstrom beweihräuchern dürfen ...

hm